

## Die Freiheit der Forschung schützen

Mit der Bonner Erklärung erkennen die EU-Mitgliedsstaaten die Forschungsfreiheit als universelles Recht und öffentliches Gut an.

Ende Oktober hat sich die Forschungsministerkonferenz der Europäischen Union bei einer hybriden Konferenz in Bonn über den europäischen Forschungsraum und die Lage der Forschungsfreiheit beraten. Einige der Teilnehmenden vor Ort unterzeichneten noch während des Treffens die „Bonn Declaration on Freedom of Scientific Research“.<sup>1)</sup> Damit verpflichten sich die Regierungen, die Forschungsfreiheit gemeinsam zu schützen – als unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Die Bonner Erklärung besagt, dass fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und Ansichten höchsten Schutz verdienen und dass der Kreislauf des

Wissens aus schaffen, nutzen und verbreiten sehr bedeutend ist. Die Unterzeichnenden unterstützen eine enge Zusammenarbeit von Europäischem Forschungs- und Hochschulraum und wollen sich für eine langfristig stabile institutionelle Förderung einsetzen. Gleichzeitig fordern sie von der Wissenschaft, Ergebnisse verständlich und transparent zu kommunizieren, und bauen auf eine verantwortungsvolle Selbstverwaltung von Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen.

Die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen begrüßt die Bonner Erklärung. Da die Arbeitsmöglichkeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in vielen Staaten weltweit eingeschränkt seien, müssten der Erklärung nun auch politische Taten folgen. Die Wissenschaft in Deutschland beteiligt sich bereits an Hilfsprogrammen und Netzwerken wie „Academy in Exile“ oder „Scholars at Risk“.<sup>2)</sup>



Bundesforschungsministerin Anja Karliczek unterschreibt die Bonner Erklärung.

Dem Lob zur Bonner Erklärung schloss sich der Wissenschaftsrat gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen an.<sup>3)</sup>

**Kerstin Sonnabend**

1) PDF unter [bit.ly/3ny42yY](https://bit.ly/3ny42yY)

2) Informationen dazu auf [www.academy-in-exile.eu](http://www.academy-in-exile.eu) bzw. [www.scholarsatrisk.org](http://www.scholarsatrisk.org)

3) PDF unter [bit.ly/3f8B8Wal](https://bit.ly/3f8B8Wal)

## Große Erwartungen, ungewisse Aussichten

Die Jahresplanung für das Finanzjahr 2020/21 steht für Großbritannien fest, während weiter der „Hard Brexit“ droht.

Die Dachorganisation der Forschungsförderung im Vereinigten Königreich, UK Research and Innovation (UKRI), hat im Oktober ihren „Corporate Plan“ für 2020/21 veröffentlicht.<sup>1)</sup> Mit der Vision eines „herausragenden inklusiven Forschungs- und Innovationssystems“ formuliert der Bericht die Mission, durch Vernetzung, Anreize und Investitionen sowie in enger Zusammenarbeit mit Partnern im In- und Ausland zum Aufbau und zur Weiterentwicklung eines solchen Systems beizutragen. Dafür steht ein Etat von umgerechnet knapp 10 Milliarden Euro zur Verfügung. Da UKRI erst 2018 als Dach über die neun bis da-

hin selbstständigen, thematisch aufgestellten Research Councils „gestülpt“ wurde, nehmen die Zusammenarbeit und verbesserte Synergien zwischen diesen Councils einigen Raum im Corporate Plan ein.

Das für die Physik zuständige Engineering and Physical Sciences Research Council nennt für seinen Bereich das Ziel einer „produktiven, vernetzten, gesunden und resilienten Nation“. Kernthemen sind die Unterstützung der Covid-19-Forschung, Hochleistungs- und Quantenrechnen sowie Dekarbonisierung. Weitere Ziele sind es, Antragsverfahren zu vereinfachen, unterrepräsentierte Gruppen zu unterstützen und innovative Forschung mit viel Risiko und Potenzialen zu ermöglichen.

All dies steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass am 31. Dezember die Brexit-Übergangsphase endet und es noch kein Abkommen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien gibt. Somit ist die Teilnahme der Briten am zum Jahreswechsel startenden Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe weiter offen. Die Regierung hat zwar mehrfach angekündigt, die dann wegfallenden europäischen Fördermittel, etwa des Europäischen Forschungsrats, zu kompensieren. Doch ob dies in der doppelten Covid-Brexit-Krise gelingen kann, erscheint fraglich.

Ein großes Problem der britischen Seite ist, dass lange Jahre britische Forschende mehr EU-Gelder erhielten, als das Land seiner Wirt-

1) UKRI Corporate Plan 2020–21, PDF unter [bit.ly/35BUa0H](https://bit.ly/35BUa0H)

schaftskraft entsprechend in den gemeinsamen Topf einbrachte. Seit dem Brexit-Referendum 2016 ist jedoch der britische Anteil an Fördergeldern wegen der politischen Ungewissheit deutlich zurückgegangen, sodass für das Vereinigte Königreich eine assoziierte Teilnahme an Horizon Europe ein Zuschussgeschäft werden könnte. Dennoch ist sich die britische wissenschaftliche Community einig, dass zumindest diese Form der europäischen

Zusammenarbeit für ihre Forschung unerlässlich sein wird.

Bei einem anderen Punkt, den Visabestimmungen für Forscherinnen und Forscher, ist die britische Regierung der Wissenschaft bereits im Frühjahr entgegengekommen: Qualifiziertes wissenschaftliches Personal kann sich mit einem „Global Talent“-Visum vergleichsweise einfach im Land niederlassen – allerdings gelten für EU-Bürgerinnen und -Bürger nur

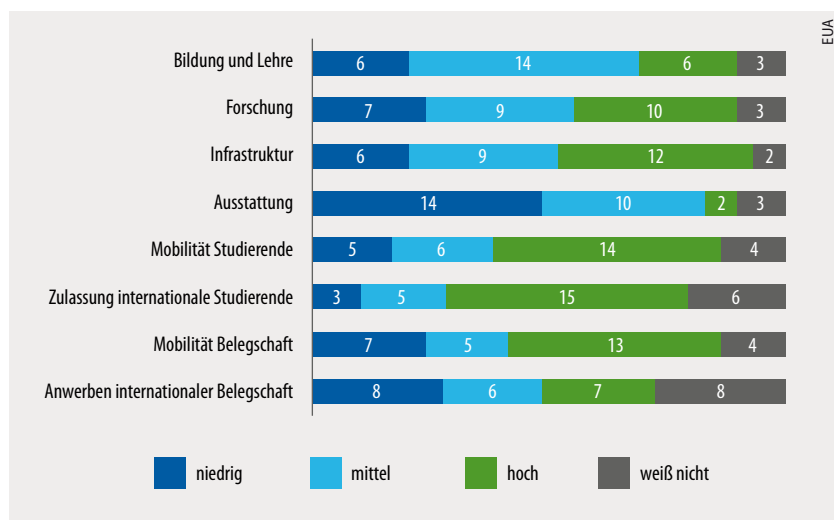
noch die gleichen Regeln wie für den Rest der Welt.<sup>2)</sup> Zudem ist es fast nirgendwo auf der Welt so teuer, sich in einem Land anzusiedeln wie in Großbritannien. Ob also britische Universitäten weiterhin so viele ausländische Studierende und Forschende anziehen werden wie bisher, ist mindestens fraglich.

Matthias Delbrück

2) Physik Journal März 2020, S. 14

## Mittelfristig herrscht Unsicherheit

Die European University Association hat den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Finanzierung der europäischen Universitäten untersucht.



So bewerten die 29 befragten nationalen Gesellschaften den wirtschaftlichen Einfluss der Corona-Pandemie auf verschiedene Aspekte universitären Lebens.

Seit der Finanzkrise 2008 legt die European University Association jährlich einen Bericht vor, der beschreibt, welche Mittel den europäischen Universitäten zur Verfügung stehen und woher diese stammen.<sup>1)</sup> Ziel ist nicht nur, den Ist-Zustand zu protokollieren, sondern auch einen Blick in die Zukunft zu wagen und möglichen Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Um den Einfluss der Corona-Pandemie darzustellen, hat die Gesellschaft im Oktober einen Sonderteil veröffentlicht. Im Frühjahr soll die übliche Fassung erscheinen.

Die European University Association (EUA) vertritt mehr als 800 Universitäten und die nationalen Hochschulrektorenkonferenzen von 48 Staaten. Sie fördert den Austausch

unter ihren Mitgliedern und versucht, die europäische Hochschul- und Forschungspolitik in deren Interesse zu beeinflussen. Dazu gehört es, einmal jährlich die finanzielle Situation der Hochschulen zu reflektieren. Daten und Informationen liefern die nationalen Gesellschaften. Am Coronaspezifischen Sonderteil beteiligten sich 29 Gesellschaften aus 27 Staaten.<sup>2)</sup>

Aus den Antworten auf die teils offen gestellten Fragen hat die EUA zehn Kernaussagen extrahiert sowie zwei Schlussfolgerungen gezogen, aus denen sie Empfehlungen für Regierungen, Förderinstitutionen und Universitäten ableitet. So beeinflusst die Corona-Pandemie die finanzielle Ausstattung nur in den Ländern unmittelbar, in denen Studiengebühren

eine wesentliche Einnahmequelle darstellen, beispielsweise in Irland und Großbritannien. Fast alle Länder haben zusätzliche Mittel bereitgestellt, um Investitionen in die digitale Infrastruktur zu ermöglichen und speziell die Forschung rund um SARS-CoV-2 und Covid-19 voranzutreiben.

Mittelfristig herrscht Unsicherheit, wie sich das Verhältnis von Einnahmen aus öffentlicher und privater Hand verändern und ob die finanzielle Grundausrüstung der Universitäten zugunsten von Drittmittelausschreibungen reduziert wird. Während die Mehrheit der Befragten auf nationaler Ebene keine Einschnitte befürchtet, macht vor allem die europäische Förderung Sorgen. Dazu trägt wohl auch der noch immer unklare Finanzrahmen von Horizon Europe bei.<sup>3)</sup>

Die EUA geht davon aus, dass die derzeitige Krise nur durch gezielte Forschung zu überwinden ist und empfiehlt eine zumindest gleichbleibende Förderung auf nationaler Ebene. Um die langfristigen Auswirkungen abzufangen, sollen die Universitäten vorhandene Mittel zukunftsorientiert investieren und ihre Finanzierung auf eine breite Basis stellen. Letzteres müssten Politik und Förderinstitutionen durch entsprechende Programme unterstützen.

Kerstin Sonnabend

1) www.eua.eu

2) Vollständiger Bericht unter: bit.ly/2UmwWpM

3) Physik Journal, November 2020, S. 15